

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Sonntag und Feiertag, mittags

für Stadt

und Land

Druck und Verlag Fr. Kuppe
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5296
Scheidt-Hamm

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1000 Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 148. (Erstes Blatt)

Herford, Sonnabend, den 26. Juni 1920

38. Jahrgang.

Die wichtigste Aufgabe.

Es ist ein Glück, daß die Regierungsbildung nunmehr endlich erfolgt ist. Denn schwere und nicht aufschiebende Aufgaben harren der Lösung. Im Vordergrund stehen die Verhandlungen in Spa. Nach den Vorbesprechungen unserer ehemaligen Feinde haben wir keine großen Zugeständnisse zu erwarten.

Aber eins muß unsere Diplomatie unter allen Umständen jetzt endlich zu erreichen suchen, sie muß klarstellen, daß ohne Hilfe des Auslandes Deutschland leistungsfähig sein und bleiben wird. In Spa muß der Anfang gemacht werden zu einem großen europäischen Arbeits- und Aufbauplan, nach dem auch in Frankreich und England die einsichtigen Wirtschaftspolitiker rufen.

In dieser Hinsicht knüpfen wir frohe Erwartungen an die Erinnerung des früheren Ministerialdirektors Simons. Es kann schon als gutes Zeichen gelten, daß seine Kandidatur für das Außenministerium von sämtlichen Parteien freudig begrüßt ist. Herr Simons, der sich zur demokratischen Partei bekennt, ist kein Salondiplomat, wie ihn sich manche vielleicht gewünscht haben mögen, aber er ist ein erfahrener Beamter und hochgeschätzter Jurist. Er war Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes und kennt die internationalen Beziehungen genau. Manche ausgezeichnete Note entspringt seiner Feder. Was wir aber vor allem an dem neuen Außenminister schätzen, ist seine Kenntnis der wirtschaftspolitischen Zusammenhänge. Es war bezeichnend, daß er nach seinem Ausscheiden aus dem Amt zum Geschäftsführenden Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie gewählt wurde. Herr Simons ist ein ehrlicher, klarer Kopf, der sich bestimmt nicht auf irgendwelche Spiegelscheitereien einlassen wird. Er ist von der Notwendigkeit einer klaren deutschen Außenpolitik überzeugt und weiß vor allem, daß auf Jahre hinaus für die Außenpolitik jedes Staates in Europa die wirtschaftlichen Fragen die Hauptrolle spielen werden.

In diesem Zusammenhang ist es bemerkenswert, daß auch Frankreichs eben ernannter Botschafter in Berlin nicht ein Mann der großen Politik ist, sondern ein führendes Mitglied französischer Wirtschaftsverbände. Herr Charles Laurent ist u. a. Vorsitzender des Verbandes der Bergwerks-Metallurgischen und mechanischen Industrien. Er kommt also aus demselben Wirkungskreis wie Simons. Wir sind gewiß nicht geneigt nach alledem, was uns die Franzosen angetan haben an Schimpf und Schande, darin ein Zeichen zu erblicken für den Willen Frankreichs zu einer Vernunftpolitik uns gegenüber. Aber man darf doch wohl erwarten, daß Laurent wenigstens Verständnis mitbringt für die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Annäherung. Schon das würde aber in diesem Augenblick sehr viel bedeuten.

Wenn Herr Simons demnächst mit Herrn Fehrenbach nach Spa fährt, wird er wahrhaftig keine leichte Aufgabe zu lösen haben. Begegnung können sich noch Schwierigkeiten bei der Regelung unserer auswärtigen Beziehungen zum Feindbund. Aber das ganze Volk steht hinter der Regierung und ihren Unterhändlern, wenn in Spa die deutsche Auffassung in der denkbar würdigsten Form zur Geltung gebracht wird. Deutschland muß von seinen Gegnern wieder geachtet werden, als ein Land, in dem kraftvolles Selbstbewußtsein und nationaler Stolz immer noch eine Stätte haben. Diese Achtung können wir aber nicht erreichen durch ständiges Nachgeben, so notwendig das auch bisher gewesen ist, sondern nur durch eine klare Politik, welche der Würde und der Bedeutung unseres Volkes auch nach einem verlorenen Krieg gerecht wird.

Das Neueste vom Tage.

Das Reichswehrministerium stellt das Vorhandensein stark bewaffneter Kampforganisationen fest.

Bremen, wo Lebensmittelkrawalle zu Plünderungen ausartet, befindet sich im Zustande höchster Alarmbereitschaft, da eine Wiederholung der Ausschreitungen befürchtet wird.

Der englische Geschäftsträger erklärte dem Auswärtigen Amt in Berlin, er sei beauftragt, offiziell mitzuteilen, daß die Konferenz von Spa am 5. Juli stattfinden werde.

Der „Figaro“ bezeichnet es als wahrscheinlich, daß Geschäftsträger Dr. Mayer zum deutschen Botschafter in Paris ernannt werden wird.

Die dritte Sitzung des Völkerbundsrates findet Ende Juli in San Sebastian statt.

Die Regierungskrise in Österreich erscheint unlösbar; man denkt an ein Geschäftministerium von Fachbeamten.

Die Sinnspeier haben ein drohendes Ultimatum an die englische Regierung gerichtet.

Ein Ausweg?

Kein Vertrauensvotum.

dd. Berlin, 26. Juni. (Sig. Drahtb.) Die programmatische Erklärung, die die Regierung am Montag im Reichstag abgegeben wird, soll heute endgültig formuliert werden. Ueber die Frage der Beantwortung dieser Erklärung durch den Reichstag sind unter den Fraktionen Besprechungen im Gange. Man denkt daran, für die Zustimmung eine allgemeine Fassung zu finden, durch die die Stellung der Regierung nach außen hin geklärt werde, ohne daß über ein Vertrauensvotum im engeren Sinne abgestimmt wird.

Wir müssen gestehen, daß uns dieser Ausweg recht kümmerlich erscheint. Notwendig aber ist er geworden durch die Haltung der Mehrheitssozialdemokratie, die sich zu einer entschiedenen Stellung für die Regierung nicht entschließen konnte. Für den Augenblick mag es ja erträglich sein, so zu verfahren, wie es geplant ist, aber unsere Unterhändler in Spa würden eine weit günstigere Stellung haben, wenn für die Regierung ein allgemeines Vertrauensvotum zustande käme. Der heftige Wahlkampf und die Hebertreibungen dabei von Seiten der Rechtsparteien haben aber der Sozialdemokratie den Weg verbaut.

Das neue Kabinett.

wtb. Berlin, 25. Juni. Nach Mitteilung eines Regierungsvertreters im Reichstag des Reichstages beschäftigt der Reichszentralrat am kommenden Montag um 11 Uhr das neue, gestern vom Reichspräsidenten ernannte Kabinett vorzustellen und eine programmatische Erklärung abzugeben. Am Nachmittag desselben Tages wird dann in einer neu einberufenen Sitzung Gelegenheit zur Aussprache gegeben, die wegen des katholischen Feiertages erst Mittwoch weitergeführt wird. Da nun endgültig feststeht, daß am 5. Juli die Verhandlungen in Spa beginnen, sollen die Verhandlungen des Reichstages bis dahin abgeschlossen werden.

Nikitt Dr. Gesslers?

wtb. Berlin, 25. Juni. Wie die Vossische Zeitung meldet, hat der Reichswehrminister Dr. Gessler infolge der neuen Entente-Noten über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann heute vormittag dem Reichszentralrat Fehrenbach seine Demission angeboten. Die dazu von zuständiger Stelle mitgeteilte Nachricht, daß Minister Gessler die durch die neuen Entente-Noten geschaffene Lage als außerordentlich ernst an. Von einem Rücktrittsgedanken ist jedoch amtlich nichts bekannt.

wtb. Berlin, 25. Juni. Die B. Z. hört aus parlamentarischen Kreisen, daß das Reichswehrministerium dem Zentrumsmittglied Harter Dr. Brauns angeboten werden dürfte, der Direktor des katholischen Volksvereins in München-Gladbach ist und in der christlichen Arbeiterbewegung eine große Rolle spielt. Das Wehraufbauministerium soll gegebenenfalls mit dem Kommerzienrat Böhm in München, dem Direktor der dortigen Deutschen Bank, besetzt werden, der der Bayerischen Volkspartei angehört.

Reichstag.

d. Berlin, 25. Juni.

Durch den stark gefüllten Reichstag wogte Unruhe und Stimmengewirr, als der Reichspräsident Rieck mit schwacher Stimme die zweite Sitzung für eröffnet erklärte. Er ist kein Beherrscher des Wortes, der durch das Zufallsspiel des Alters auf den Präsidentenstuhl gelangte biedere Maurermeister. Aber die Minuten seiner Wirksamkeit sind bald vorüber. Denn nachdem die Remoahl mit überraschend großer Mehrheit den Breslauer Fraktionskollegen des Alterspräsidenten Loebe auf den Stuhl des Reichstagspräsidenten erhoben hat, übernimmt sogleich der schlanke, überaus sympathisch wirkende Führer der schlesischen Sozialdemokratie mit deutlicher, wohlklingender Stimme die Verhandlungsleitung. Man merkt es der kleinen, jugendlich wirkenden Gestalt schon nach den

ersten Worten an, daß der neue Präsident in hundert von Versammlungen seine Zuhörer für seine Ideale begeistert hat. Klar und erhellend schallen seine Sätze durch den Saal, als er für die große Ehre, Präsident dieses Hauses zu sein, seinen Dank ausspricht und auf die erheblich verstärkte Bedeutung hinweist, die die Stellung des Präsidenten durch die neue Reichsverfassung gewonnen hat. Aber sofort meldet sich der erste Widerspruch der Extreme von rechts und links, als er auf die Notwendigkeit hinweist, daß, wo es gelte, pöhlliche Reden zu hindern, ein gemeinsames Band die äußerste Rechte und die äußerste Linke umschlingen müßte. Das man derartiges nicht mehr widerspruchsfrei im Reichstag sagen darf, ist ein Beweis, daß die Parteigegensätze nach dem vielfach recht streupellos und mit großer Leidenschaftlichkeit geführten Wahlkampf noch stärker geworden sind als sie es vorher waren. Das zeigt sich auch gleich wieder bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten. Den 236 Stimmen, die auf den Abgeordneten Dittmann von den Unabhängigen fielen, stehen 158 weiße Zettel gegenüber. Herr Ledebour erklärt sofort im Namen seiner Fraktion, daß durch diese Stimmenhaltung der Rechten die getroffenen Abmachungen über den Haufen geworfen seien. Obgleich der Vertreter der Rechten eine solche Abmachung, daß die Fraktionen geschlossen für die von den Parteien nach der Reihenfolge ihrer Stärke Vorgelegenen Stimmen sollen, bekräftigt, zieht der Unabhängige Geyer sofort die Folgerung, daß seine Freunde sich nunmehr an die Abmachungen gar nicht mehr gebunden erachten.

Loebe Reichstagspräsident.

wtb. Berlin, 25. Juni. Der Reichstag wählte Loebe (Soz.) mit 397 von 420 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Dittmann (Un.) mit 236 von 397 Stimmen gewählt. Weiter wählte der Reichstag zum zweiten Vizepräsidenten den Abg. Dr. Bell (Ztr.) und zum dritten Vizepräsidenten den Abg. Dietrich (Dtschntl.).

Preussische Landesversammlung.

dd. Berlin, 25. Juni.

Der Verfassungsausschuß der preussischen Landesversammlung hat seine Arbeiten wieder aufgenommen und den Abschnitt „Der Landtag“ zu Ende beraten. Es wurde beschlossen, entsprechend der Vorlage der Regierung, den Präsidenten des Landtages bei der Verwaltung der wirtschaftlichen Angelegenheiten des Hauses die Befugnisse eines Staatsministers zu geben. Ein Antrag der Unabhängigen, wonach der Präsident bei den Maßnahmen, die sich auf Angestellte, Arbeiter und Beamten beziehen, an die Zustimmung der Beamten- und Angestelltenräte gebunden ist, wurde abgelehnt. Die Unabhängigen hatten weiter beantragt, die Bestimmung zu streichen, daß nicht öffentliche Sitzungen stattfinden sollen. Auch dieser Antrag fand keine Mehrheit. Es wurde beschlossen, daß Anträge auf Ausschluß der Öffentlichkeit von wenigstens 50 Mitgliedern gestellt werden und an eine Zweidrittelmehrheit geknüpft werden müssen. Ferner erklärte sich der Ausschuß damit einverstanden, daß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierung für die Zeit außerhalb der Tagung und bis zur Beendigung einer Wahlperiode oder der Auflösung des Landtages und dem Zusammentritt des neuen Landtages ähnlich wie im Reichstage ein ständiger Ausschuß eingesetzt wird. Endlich gelangte auch ein Antrag zur Annahme, das Recht auf Bezug von Diktata sowie auf Gewährung freier Befehle, entsprechend der Vorlage der Regierung, dem Fahrt für die Mitglieder des Hauses verfassungsmäßig festzulegen.

Fortdauernde Lebensmitteldemonstrationen.

Gegen die Teuerung.

wtb. Oldenburg, 25. Juni. Eine nach tausenden zählende Menschenmenge zog heute vom Pferdemarkt aus truppenweise durch die Geschäfte und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die Preise für Lebensmittel, Schuhwaren, Konfektionswaren um ein Drittel herabzusetzen. Wenn die Geschäftsinhaber der Aufforderung in kurzer Zeit nicht nachgekommen sein sollten, würden Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Man verhandelte heute mit dem Magistrat und dem Ministerium zwecks Festsetzung der Preise. Sollte bis morgen keine Herabsetzung erfolgt sein, so soll in allen Betrieben die Arbeit niedergelegt werden.

wtb. Bremen, 25. Juni. Die gestern hier abgebrochenen Lebensmittellkrawalle nahmen namentlich in den späteren Nachmittagsstunden in einigen Vororten einen gewaltigen Umfang an. Es kam verschiedentlich zu schweren Ausschreitungen gegen die Sicherheitsmannschaften. Nach Schluß der Arbeitsstunden setzten in den Vororten regelrechte Plünderungen ein, die nur stellenweise verhindert werden konnten. Im Laufe des gestrigen Tages wurden etwa 50 Verhaftungen vorgenommen. Verletzt wurde niemand.

Verhaftung von Obstwechsellern.

wtb. Köln, 25. Juni. Auf Veranlassung der Kölner Staatsanwaltschaft unternahm die Polizei einen energischen Vorstoß gegen

die Obstwäpfer. Ueber 100 Zentner Kirchen, die zu 4-5 M das Pfund verkauft werden sollten, wurden beschlagnahmt. Mehr als 20 wucherische Verkäufer, meistens Selbstzeuger aus dem benachbarten Borgebirge, wurden verhaftet und sofort dem Kölner Wuchergericht vorgeführt. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurden daraufhin die beschlagnahmten Kirchen zu 1.80 M das Pfund verkauft.

Wob. Mainz, 25. Juni. Am hiesigen Obstgroßmarkt herrschte heute eine sehr erregte Stimmung. Die Polizei kontrollierte die Preise; außerdem erzwang eine große Menge von Arbeitern eine Ermäßigung der Verkaufspreise auf einen bisher noch nicht dagewesenen Stand. Kirchen wurden für 60 3 bis 1 M angeboten, Erdbeeren wurden zu 1.50 bis 3 M verkauft.

Gegen den Steuerabzug.

Widerungen beim Steuerabzug.

dd. Berlin, 26. Juni. (Sig. Draht.) Im Reichstag ist ein interfraktioneller Antrag eingebracht worden, der darauf hinführt, daß bei dem 10prozentigen Steuerabzug drückende Härten nach Möglichkeit verhindert werden sollen und zwar vor allem mit Rücksicht auf den Familienstand. In parlamentarischen Kreisen verläutet, daß Reichsfinanzminister Wirth grundsätzlich bereit ist, auf diese Forderungen einzugehen und eine entsprechende Verfügung zu erlassen.

Unternehmertum und Steuerabzug.

tu. Dortmund, 25. Juni. Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller faßte in seiner gestrigen Tagung folgende Entschlüsse: Im hiesigen Gebiet bringt die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie aus Anlaß des Steuerabzuges heftige Angriffe gegen die Arbeitgeber. Diese werden als Urheber des Steuerabzuges hingestellt. Wir erheben gegen die Unterstellung, daß die Arbeitgeber für den Lohnabzug zu Steuerzwecken eingetretten seien, entschieden Einspruch. Diese Bestimmung wurde gegen die dringende Warnung des Unternehmertums durchgeführt. Eine Verantwortung für die aus der überstürzten Durchführung etwa entstehenden Gefahren und Schäden müssen wir daher ablehnen.

Protestversammlungen.

dd. Braunschweig, 26. Juni. (Sig. Draht.) Gegen den 10prozentigen Steuerabzug protestierten gestern die Unabhängigen in zwei unter freiem Himmel veranstalteten Massenversammlungen. In einer Resolution wurde die Reichsregierung ermahnt, die betreffenden Bestimmungen aufzuheben und einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der eine stoffelartige Steuer nach dem Jahreseinkommen vorsieht.

Deutsches Reich.

Vertrauensvotum für die oldenburgische Regierung.

tu. Oldenburg, 25. Juni. In der gestrigen Eröffnungsitzung des Landtages wurde der Abg. Schröder (D. Vp.) zum Landtagspräsidenten gewählt. Zum 1. Vizepräsidenten wurde Abg. Ehrens (M. S.), zum 2. Vizepräsidenten Abg. Fegzel (Ztr.) gewählt. Auf Antrag des Abgeordneten Hug (M. S.) wurde der Regierung in namentlicher Abstimmung mit 28 gegen 12 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen das Vertrauen des Landtages ausgesprochen. Die Deutsche Volkspartei hat den Eintritt in die Koalitionsregierung abgelehnt, weil sie auf der grundsätzlichen Forderung der Umbildung der Regierung durch Sachminister besteht und insbesondere mit der Politik des Ministerpräsidenten nicht in allen Punkten einverstanden ist.

Der Kampf gegen die Zwangswirtschaft.

tu. Berlin, 25. Juni. Gegen die Zwangswirtschaft für Schlachtvieh haben die Vorstehenden der Landwirtschaftskammer in ihrer Sitzung am 23. Juni einen Beschluß gefaßt, in dem es heißt: Die künftige Kommission hält die Vorschläge des Reichsernährungsministeriums betr. eine anderweitige Regelung der Bewirtschaftung des Schlachtviehs für unannehmbar, da sie auf eine weitere Beibehaltung der Zwangswirtschaft hinauslaufen. Die Kommission erklärt, daß die gesamte Landwirtschaft nicht mehr bereit ist, sich der Zwangswirtschaft mit Schlachtvieh zu fügen. Die Landwirtschaft wird bereit sein, einen noch näher festzusetzenden Mindestbedarf an Schlachtschweinen auf dem Wege der Lieferungsverträge unter der Voraussetzung sicherzustellen, daß die zur Einfuhr vorgesehenen Maimengen den Mästern zu angemessenen Preisen und in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt werden.

tu. Halle a. S., 25. Juni. Oberpräsident Hörsing von der Provinz Sachsen hat zahlreiche Landräte, Vertreter der Produzenten- und Konsumentenorganisationen, sowie Vertreter von verschiedenen Reichsstellen zu einer Versammlung eingeladen, um über die Erzeugerhöchstpreise für landwirtschaftliche Produkte zu beschließen. Es wurde beschlossen, der Reichslandwirtschaftsstelle vorzuschlagen, den Erzeugerhöchstpreis für Frühkartoffeln auf 35 M festzusetzen und die Zwangsbewirtschaftung der Herbstkartoffeln aufzuheben. Der Milchpreis soll von 1 M auf 1.50 M für das Liter herausgehoben werden. Zum Schluß wurde beschlossen, das Reich zur Aufhebung der Fleischbewirtschaftung aufzufordern.

Unsere Brotversorgung.

dd. Berlin, 25. Juni. Wie das Nachmittagsblatt erzählt, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit keine weitere Erhöhung des Brotpreises vorgenommen werden, um Pfänderungen von Bäckereien und Lebensmittelgeschäften zu verhüten. — aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Reichsregierung — die Verhandlungen hierüber schweben im Augenblick noch — abermals einen Zuschuß zum Einkauf ausländischen Getreides bewilligen. Im Augenblick sind die Vorräte an Roggen und Weizenmehl, die wir aus eigenen Beständen besaßen, fast restlos erschöpft. Berlin ist noch verhältnismäßig günstig beliefert. Da das Brot hier nur einen Zusatz von 10 Proz. Streckungsmehl enthält. Weit schwieriger gestalten sich die Brothverhältnisse im Süden und Westen des Reichs, wo für die Brothherstellung nur 20 Proz. Getreidemehl zur Verfügung stehen, während Bohnen-, Erbsen-, Weizen- und andere Getreidemehle seit geraumer Zeit verwendet werden.

Erzeidigungskampf der nationalen Landarbeiter.

tu. Stettin, 25. Juni. Der Arbeitnehmergruppe des pommerdes Landtages wurde der Abg. Schröder (D. Vp.) zum Landtagspräsidenten gewählt. Der nationale Verband deutscher Gewerkschaften verfolgt mit wachsender Anteilnahme den Erzeidigungskampf der dortigen 20 000 nationalen Landarbeiter um ihre Koalitionsfreiheit gegen den roten Terror. Wir bitten die pommerdeschen Kollegen, ihren Arbeitsplatz bis zum äußersten zu behaupten und durch eiserne Opferfreudigkeit nicht nur der Ernährung Deutschlands zu dienen, sondern auch unserem gemeinsamen Kampf für die Koalitionsfreiheit aller Arbeitnehmer zum Siege zu verhelfen. Die Koalitionsfreiheit ist eine der wichtigsten Grundlagen für Deutschlands Wiederaufbau. Galtet aus! Für den nationalen Verband deutscher Gewerkschaften, geg. Weiskler, Mitglied des Reichstages.

Die Wahl der Klara Zetkin angefochten.

dd. Berlin, 26. Juni. (Sig. Draht.) Wie der Lat. Anz. erzählt, rechnet man in parlamentarischen Kreisen damit, daß die

Wahl der Kommunistin Klara Zetkin angefochten wird. Diese heißt in Wirklichkeit Zundel und war nach den Wahlvorschriften nicht befugt, ihren Schriftstellernamen auf dem Stimmzettel anzugeben.

Raum gläublich.

Mannheim, 25. Juni. Der bayerische Militäriskus hatte in den Jahren 1912 bis 1914 etwa 4 Kilometer von der Stadt Kaiserlautern entfernt einen etwa 300 Hektar großen Exerzier- und Flugplatz nach den neuesten Erfahrungen angelegt. Jetzt verlangen die Franzosen aus den unmittelbar benachbarten Gemarungen der Gemeinden Neufkirchen, Wehlingen und Sembach zu gleichem Zweck 1000 Morgen bestes Acker- und Weizenland. Alle bisherigen Vorstellungen und Bitten wurden abgelehnt.

Ausland.

Wie Italien leidet!

In der italienischen Kammer, gab Giolitti seine Regierungserklärung ab. Folgende Hauptpunkte aus seiner Rede sind hervorzuheben: Enge Beziehungen mit den Alliierten, freundschaftliche Beziehungen mit allen anderen Völkern, Ausland eingeschlossen, provinzielle und staatliche Autonomie, Entzignung des nicht bebauten Bodens, Revision aller während des Krieges abgeschlossenen Verträge mit Siegeranten, Erhöhung der Erbschaftsteuer. Giolitti sprach ausführlich von den Schulden Italiens, die sich auf 95 Milliarden belaufen, davon 20 Milliarden im Ausland. Der Staat verliert jährlich 5 Milliarden beim Biotpreise. Das Defizit der Eisenbahn beträgt 1 Milliarde 50 Millionen, die Post verliert alljährlich 400 Millionen. Danach ergeben sich die vorher genannten finanziellen Maßnahmen, namentlich die Revision aller auf Kriegslieferungen bezüglichen Verträge von selbst. Besondere Beachtung fand die Erklärung Giolittis, daß Italien das Protektorat über Albanien nicht weiter ausüben wolle, und daß es die vollständige Unabhängigkeit Albanien, ebenso auch die Persiens anstreben wolle.

Die Steuern in England.

Wob. Amsterdam, 25. Juni. Nach einer Londoner Meldung sagte Chamberlain im Parlament, die Steuer betrüge im vereinigten Königreich für das laufende Finanzjahr pro Kopf 22 Pfund 2 Pence gegen 8 Pfund 10 Sch. und 10 Pence am 31. März 1914. Die Steuer in Deutschland sei im gleichen Zeitraum von 31.30 auf 44.20 M per Kopf gestiegen.

Ungarn völlig abgeschnitten.

tu. Berlin, 25. Juni. Der „Freiheit“ wird aus Budapest gemeldet: Die Absperrung Ungarns ist fast vollständig, sogar der Schmuggel ist unmöglich. Eine Abordnung Budapests Banken und Industrieller fordert von der Regierung Verhandlungen mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund, da die industrielle Tätigkeit stark zurückgeworfen wird. Die Industriellen wünschen die Vermittlung der ungarischen Sozialdemokratie.

Herford u Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

26. Juni.

Glück auf!

Eröffnung der Herforder Ausstellung.

Schwere Jahre hat das deutsche Volk hinter sich, schwere und entbehrungsreiche Zeiten liegen vor uns. Unsere Feinde haben der Krieg mit den Waffen aufgegeben. In wirtschaftlicher Beziehung aber führen sie ihn weiter. Sie suchen unserer vor dem Krieg in höchster Blüte stehenden Industrie, unserem kraftvollen Handel und unserem gesunden Gewerbe den Lebensfaden abzuschneiden durch einen wahnwitzigen Friedensvertrag. Wohl stockte einen Augenblick nach dem plötzlichen Zusammenbruch Erzeugung, Handel und Wandel, dann aber besann sich unser urkräftiges Volk auf sich selbst und mit jähem, unermüdlichem Fleiß versuchten Industrie, Handel und Gewerbe Herr über die fast restlos erscheinende Lage zu werden. Sie haben sich zu der Erkenntnis durchgerungen, daß es uns gelingen muß wieder auf die alte Höhe zu kommen, um unserer selbst und unserer Kinder willen, und sie haben die Ueberzeugung, daß dies gelingen wird, weil die Welt Deutschland braucht. Wenn solche Hoffnung und Zuversicht vorhanden ist, muß das nicht auch die Schläfer und Zweifler aufrütteln, deren es noch allzu viele gibt! Aufzittern und zeigen, daß Deutschland und sein Fleiß nicht erschlagen ist, damit zur Mitarbeit anspornen, den Verkehr beleben und das in die Brücke gegangene Vertrauen auf deutsches Können neu erwecken, das will die Gewerbe- und Nahrungsmittelausstellung, die heute mittag auf dem Schützenhof eröffnet ist.

Zu keiner Zeit wurde wohl unter schwierigeren Verhältnissen eine Ausstellung veranstaltet, wie die jetzt vom Herforder Witteverein ins Leben gerufene, keine aber kann auch, in diesem beschränkten Rahmen natürlich, ein besseres Zeugnis von deutscher Fähigkeit und deutschem Fleiß ablegen, als gerade diese. Es gehört zu einem solchen Unternehmen in der Jetztzeit viel Wagemut, zudem es sich ja im Grunde um eine rein örtliche Veranstaltung handelt. Wenn es auch an auswärtigen Ausstellern nicht fehlt, so spielen sie doch gegenüber der Gesamtzahl der in Herford und seiner unmittelbaren Umgebung anwesenden Unternehmungen, deren Erzeugnisse wir bewundern können, nur eine untergeordnete Rolle. Aber alles, was wir sehen, ist gediegen und entspricht den höchsten Anforderungen. Wahrlich, unser Unternehmertum, ob in Industrie, Handel oder Handwerk, hat alle Veranlassung, mit frohem Mut in die Zukunft zu schauen und braucht auch in trüben Wochen die Hoffnung nicht sinken zu lassen.

Die Herforder Ausstellung ist ein eindrucksvolles Wahrzeichen deutschen Unternehmungsgeistes und ein deutliches Bekenntnis zur glückhaften Entwicklung unseres Volkes. Das ist ihre Bedeutung. In diesem Sinne rufen wir ihren Veranstalter ein herzlich Glück auf! zu.

Sonntagsgedanken.

Komm, ich lade dich ein mit mir einen Sonntagsgang zu machen! — Ueber sattgrüne Fluren, an hohen, wogenden Getreidefeldern vorbei, durch den tempelstillen Wald, aus dessen Kronen nur ein leises, ehrfürchtiges Rauschen tönt wie ein Flüstern von frommen Vätern. — Hast du je so wie im Angesicht des großen, weiten Gottesgärtchens gefühlt, was Friede, was Versöhnung ist? —

In den Jahren des Krieges redete man viel von Völkerverständigung und Völkerverbünd. Mancher echter, aber unerkannter Prophet träumt noch heute davon. Doch noch mehr falsche Propheten führen das Wort im Munde.

Du, der du mit mir den Sonntagsgang durch den Gottesgarten tust, sage mir: Glaubst du, der du im eng umzirkelten täglichen Leben erfahren hast, daß das Leben ein Kampf ist, daß, wo immer zwei Existenzen im Erwerbsleben sich gegenüberstehen, immer Eisen auf Stahl trifft und stündlich Funtengefahr vorhanden ist, — glaubst du, der täglich beobachten kann, wie es von Mensch zu Mensch, sobald es um Gut und Geld geht, kein Verstehen und kein Schonen gibt, — glaubst du, daß es über den ganzen Erdball hin eine Völkerverständigung geben kann, die von den Diplomaten gestiftet wird, von jenen Diplomaten, die ein zugrunde gerichtetes Volk mit wahrhaft teuflischer Vollkraft vollends versklaven und schänden? Glaubst du, daß aus der eisenharten Platte des grünen Tisches der Diplomaten die Wunderblume eines neuen Völkerverständigung entstehen kann, die Völkerverständigung? — Du schüttelst den Kopf. —

Doch woher soll unserer armen Erde mit ihren verheßten Völkern denn der Friede werden? Sieh um dich! Schau zurück auf unseren Sonntagsweg und schau in dich hinein! Hast du sie nicht in der Natur, im Gottesgarten gefunden, die Wunderblume, die dir den Frieden gab?

Du wendest ein: Wir suchen aber doch die Völkerverständigung und nicht meinen persönlichen Frieden. — Mein lieber Weggenosse, es gibt keinen Frieden unter den Völkern, bevor nicht der einzelne den Frieden in sich gefunden hat. Und hat der einzelne ihn gefunden, dann brauchen wir uns von keinem Diplomaten mehr ein Lügenluftschloß von Völkerverbünd und Völkerverständigung vortäufeln zu lassen: dann ist auch die Wunderblume der Völkerverständigung bereits erblickt. —

Darum vergiß nicht den heutigen Sonntagsgang und wie du aus der Nähe des Erdbens im stillen Gottesgarten deinen Frieden und deine Völkerverständigung empfangen hast!

— Wie wird das Wetter am Sonntag sein? Nun ist der Höhepunkt des Jahres erreicht, die eigentlich schönste Zeit desselben ist vorüber, das schöne frische Grün macht mehr und mehr einer schmutzigen Färbung Platz oder es zeigt sich von der Sonne verbrannt, die Vögel verstummen allmählich mehr und mehr, und die Tage werden wieder kürzer. Doch Bange machen gilt nicht, noch stehen uns zwei prächtige — wir wollen wenigstens hoffen, daß sie sich so zeigen — Sommermonate, die Entenmonate, bevor, die uns das bringen sollen, was wir für den langen Winter wieder gebrauchen. Und zur Zeit ist es noch gar zu schön, noch ist die blühende, goldene Zeit, noch sind ja die Tage der Rosen. Und vorerst geht es ja mit der Abnahme der Tageslänge nur sehr langsam bergab, bis Ende Juni macht es am Morgen 6 Minuten, und am Abend noch gar nichts aus. Die letzte abgelebene Woche brachte eine meist warme Witterung mit mehrfachen, aber oft nur auf einzelne Gegenden beschränkten Regenschauern. Dreiviertel unseres Erdballes wird jetzt vom hohen Aufstrich überdeckt, die Rinne niederen Drucks zwischen zwei ausgedehnten Hochdruckgebieten dürfte sich ausfüllen, und dann wird schönes und warmes Wetter herrschen, das hin und wieder einmal durch lokal auftretende Gewitter vorübergehend unterbrochen werden kann. Die länger andauernde Herrschaft des hohen Drucks wird dieses schöne Wetter auch für Sonntag bestehen lassen.

— Herforder Ausstellungsführer. Von heute ab erscheint als tägliche und kostenlose Beilage zur Herforder Zeitung ein Führer durch die Nahrungsmittel- und Gewerbeausstellung. Anzeigen dafür werden laufend in unserer Geschäftsstelle (Fernspr. 83 u. 151) entgegen genommen.

— Reichspost. Dem Postsekretär Günter Spengemann von hier ist der Charakter als Postsekretär verliehen worden. Sp. ist zur Zeit bei der Ober-Postdirektion in Minden (Westf.) dienstlich tätig.

— Eine dankbare Amerikanerin. Nach dem „Herforder Evangel. Gemeindeboten“ hat ein früheres Mitglied der hiesigen Petri-Gemeinde, Frau Horn geb. Bögemann, die jetzt in Newyork lebt, ihrer alten Gemeinde 1000 M überreicht zur Verwendung für bedürftige Kinder. Dieser schöne Beweis treuer Anhänglichkeit an die Heimat auch in Zeiten der Not verdient mit Freude vermerkt zu werden.

p. Wochenmarkt. Der vorgestrige Wochenmarkt war mit Gemüse gut besetzt. Käufer waren in großer Zahl erschienen, und es entwickelte sich ein lebhaftes Geschäft. Das Angebot in Fischen und Beerenobst war jedoch sehr mäßig. Die Preise sind herabgesetzt. Es kosteten das Pfund neue Kartoffeln 1 M, Erbsen in Schoten 75 Pfg., Spinat 40 Pfg., Große Bohnen 1 M, Möhren mit Kraut 75 Pfg., Erdbeeren 3 M, Kirchen 1.50 M, Stachelbeeren 1 M, Johannisbeeren 1 M, Vibbeeren 2.50 M, Blumenkohl 2 M, Spargel bis 2.50 M, Rhabarber 50 Pfg., Stielmus 30 Pfg., neue Zwiebeln 50 Pfg., Gurken das Stück 3 M, der Kopf Salat 20 Pfg., Kohlrabi 40 Pfg.

— Turngemeinde. Auf das morgen stattfindende Schauturnen wird nochmals hingewiesen. Die neugegründete Fußballmannschaft wird im Anschluß daran gegen Spielvereinigung 3 spielen. Sollte wider Erwarten ungünstige Witterung eintreten, findet ein Schauturnen in kleinerem Rahmen in der Halle statt.

— Promenadenkonzert. Zu dem am Sonntagmittag von 1/2 12 bis 1/2 1 Uhr auf dem Wilhelmplatz stattfindenden Promenadenkonzert hat das städt. Orchester, folg. Programm aufgestellt: 1. Nibelungenmarsch von Sonntag. 2. Krondiamanten. Ouvertüre von Weber. 3. Tannhäuser Pilgerfahrt und Gebet der Elisabeth aus „Tannhäuser“ von Rich. Wagner. 4. Delores, Walzer von Waldteufel. 5. Fantasie über deutsche Lieder von Nacht.

— Keine Soldatenbriefe mehr. Vom 1. Juli ab sind alle auf Grund des Postfreiheitsgesetzes von 1869 bestehenden Gebührenfreiheiten und Vergünstigungen aufgehoben.



Dazu gehören an Angehörige den Völkern den Völkern

Am

Sundern, 25. Juni

Diesem Jahre am 1.

Düben, 25. Juni

Julius Schulte aus

Dannstern. Nur über

der Absicht, sich auf

der Lehrte bei dem

Mit Brinkmann ist

verpflichtete er sich,

der Zucker, 100 Lit

in der Erwartung, d

vorziehen würde.

ner auf einen ande

Rothensuffeln, schied

Brief, in dem erba

Schiedesgeschäfts d

Kaufmann zog es

gen, und überreichte

Kirchen. Jetzt verlu

zu suchen, was un

beobachtet hat. G

nennden Arbeiters u

Rüssel in Rothensuff

waren in Empfang

mit dem Begleiter

die Gelegenheit, mit

den zu verschwind

einem Fahrrad auf

hin fest und überga

Wachstums der d

besten Weise sonnte

schädigten zurückge

In Bände h

Versammlung folge

Stadtgarten zu B

Stadt von Bände u

erklärt die neuen A

willen und verpflic

Tagen kein Gleich

lung, daß die in A

Wöhrung eine um

von 7-8 M im W

nichts gerechtfertig

als zu hoch bezeich

gemeinam mit der

gebung bei den Be

daß die tausende B

nicht ruhig himein

Der Bürgerver

Wortandshung, sic

für Kartoffeln und

an das Reichswirt

braucher. Hiesige

Preise aus. Gemä

Zwangswirtschaft

De

Eingabe d

Die Handels

Arbeitgeber-Bund

minister der Fin

u. a. heißt:

Die Bestim

abzug haben, wie

bei uns zu zahlr

geben, deren U

gehende Beunruh

denklichen Folge

In erster Lin

in Zeiten erstel

Spa

Beachten Sie den Messe-Führer durch die

Herforder Gewerbe- und Nahrungsmittel-Ausstellung

der vom 26. Juni bis 11. Juli täglich als kostenlose Beilage unserer Zeitung erscheint.

Anzeigen darin sind sehr wirksam und werden besonders billig berechnet.

Verlag der Herforder Zeitung für Stadt und Land.

Fernruf 83 und 151.

Dazu gehören auch die Vergünstigungen für Sendungen an Angehörige des Soldatenstandes und der Marine, die künftig den vollen Gebührenhöhen unterliegen.

Amt Herford-Hiddenshausen.

Sundern, 25. Juni. Das Missionsfest bei Kolon Berg soll in diesem Jahre am 18. Juli gefeiert werden.

Dünen, 25. Juni. Am 21. d. M. tauchte der Werkzeugschlosser Julius Schulte aus Witten in der hiesigen Gegend auf, um zu hantieren. Nur über geringe Geldmittel verfügend trug er sich mit der Absicht, sich auf irgend eine Art und Weise diese zu beschaffen. Er feierte bei dem Kaufmann und Wirt Brinkmann in Wolmerdingen ein und glaubte, in diesem feinen Mann gefunden zu haben. Mit Brinkmann schloß er allerhand Scheinschießgeschäfte ab, u. a. verpflichtete er sich, einige hundert Zentner Ammoniat, 500 Zentner Zucker, 100 Liter Steinhäger und 50 Liter Kognak zu liefern. In der Erwartung, daß B. ihm hierauf einen größeren Geldbetrag vorzulegen würde. Da diese Hoffnung schließlich verfiel der Gauner auf einen anderen Trick. Er begab sich am 23. d. M. nach Rothensiefen, schickte von hier aus einen Boten an B. mit einem Brief, in dem erbat, ihm 865 M zwecks Abschluß eines größeren Scheißgeschäfts durch den Boten zu übersenden. Der vorsichtige Kaufmann zog es jedoch vor, die Summe persönlich zu überbringen, und überreichte sie in der Wirtschaft Niedermeyer in Bergkirchen. Jetzt verließ der Gauner, mit diesem Gelde das Weite zu suchen, was umso schwieriger war, als er sich von Brinkmann beobachtet sah. Er ging in die Wohnung eines in der Nähe wohnenden Arbeiters und veranlaßte diesen, mit ihm zur Wirtschaft Dubbel in Rothensiefen zu gehen, um dort angekommen Scheißwaren in Empfang zu nehmen. Hier angekommen, verzehrte er mit dem Begleiter in kurzer Zeit über 100 M und benutzte dann die Gelegenheit, mit einem Bierwagen in der Richtung nach Minden zu verschwinden. Der Geprellte nahm die Verfolgung mit einem Fahrrad auf und stellte den Schwindler in Dünen, nahm ihn fest und übergab ihn dem Gendarmen Pilsath, der ihn wegen Mißbrauch der hiesigen Polizei zuführte. Von dem erschwindelten Gelde konnten ihm noch 732 M abgenommen und dem Geschädigten zurückgegeben werden.

Gegen die Teuerung.

In Bünde hat eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Versammlung folgende Entschlüsse angenommen: „Die heute in Stadtgarten zu Bünde tagende, aus allen Schichten der Bevölkerung von Bünde und Umgegend stark besuchte Volksversammlung erklärt die neuen Fleischpreise weder bezahlbar zu können noch zu wollen und verpflichtet sich, am kommenden Sonnabend in acht Tagen kein Fleisch zu kaufen. Desgleichen erklärt die Versammlung, daß die in Aussicht genommenen Kartoffelpreise für die Bevölkerung eine unerschämte Zumutung sind. Eine Steigerung von 7-8 M im Vorjahre auf jetzt 30 M und darüber ist durch nichts gerechtfertigt und wird von einem Teil der Landwirte selbst als zu hoch bezeichnet. Das Gewerkschaftskartell wird beauftragt, gemeinsam mit den Vertretern aus anderen Orten diese Kundgebung bei den Behörden zu vertreten und darauf hinzuwirken, daß die laufende Bevölkerung diese ungerechtfertigten Luchpreise nicht ruhig hinnehmen wird.“

Der Bürgerrat von Bünde und Umgegend hat in seiner letzten Vorstandssitzung sich mit der ungerechtfertigten Höhe der Preise für Kartoffeln und Fleisch beschäftigt. Er hat folgendes Telegramm an das Reichswirtschaftsministerium abgesandt: „Neue Preise für Kartoffeln und Fleisch unerschwinglich für größten Teil der Verbraucher. Hiesige Landwirte sprechen sich gegen die Höhe dieser Preise aus. Ermäßigung dringend erwünscht, nur Aufhebung der Zwangswirtschaft kann Hilfe bringen.“

Der Steuerabzug.

Eingabe der Bielefelder Handelskammer.

Die Handelskammer zu Bielefeld und der Bielefelder Arbeitgeber-Bund haben unterm 25. d. Mts. an den Reichsminister der Finanzen eine Eingabe gerichtet, worin es u. a. heißt:

Die Bestimmungen über den zehnprozentigen Lohnabzug haben, wie in anderen Bezirken Deutschlands, so auch bei uns zu zahlreichen und dringenden Beschwerden Anlaß gegeben, deren Nichtberücksichtigung ohne Zweifel weitgehende Beunruhigungen nach sich ziehen wird und zu bedenklichen Folgeerscheinungen führen muß.

In erster Linie erscheint es uns äußerst verfehlt, wenn in Zeiten ernstester Lohnkämpfe, in denen die denkbar

schärfste Spannung zwischen Lohnforderungen der Arbeitnehmer und der Möglichkeit der Arbeitgeber, diese Forderungen zu erfüllen, besteht, dem Arbeitgeber das Amt des Steuereintreibers übertragen wird. Diese Aufgabe trägt offensichtlich den Stempel der Undurchführbarkeit an sich. Das Reich wollte man bei der Steuererhebung entlasten und wählte dazu die unter den jetzigen Zeiten ungeeignete Person, der Arbeitgeber.

Dann aber enthalten die Bestimmungen über den 10-prozentigen Lohnabzug auch große, nicht zu rechtfertigende Härten. Diese haben hauptsächlich ihren Grund in dem 10-prozentigen Einheitsfuß, der die weniger Bemittelten geradezu belastet. Bei einem Einkommen von 7500 M ist der zehnprozentige Abzug dem zu entrichtenden Steuerbetrage gleich. Dann übersteigt der Abzug aber die Steuerleistung bei allen Einkommen unter 7500 M. Bei einem Einkommen von 3500 M beträgt er sogar das Doppelte der zu entrichtenden Steuer. Das ist ein Fehler, der unter keinen Umständen bestehen bleiben darf und der nur durch Einführung eines gestaffelten Prozentfußes beseitigt werden kann. Zweckmäßig wäre es, diesen Prozentfuß dem tatsächlich zu entrichtenden Steuersatze nach Möglichkeit anzupassen.

Gerade so aber, wie den weniger Bemittelten nicht zugemutet werden kann, Geldbeträge dem Staate unentgeltlich vorzuschließen, so kann erst recht nicht von demjenigen, der wegen seines geringen Einkommens überhaupt steuerfrei ist, verlangt werden, daß er Steuerlasten trägt, die er gesetzlich nicht zu tragen hat.

Wie groß die Abneigung der Arbeitnehmer ist, die Einkommensteuer in einem zehnprozentigen Abzuge vom Lohn bezu. Gehalt zu entrichten, beweist der Umstand, daß die Arbeitgeber unter direkter Androhung des Streiks seitens der Arbeitnehmer in zahlreichen Betrieben gezwungen worden sind, den nach dem 25. Juni fälligen Lohn noch vor dem 25. Juni ohne Abzug auszusahlen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Wth. Dortmund, 25. Juni. Schleunige Abhilfe gegen die Brotknappheit forderte in einem Telegramm an die Regierung der Reichskommissar. Er erhielt gestern vom Reichs Ernährungsministerium folgende Nachricht, die geeignet sein wird, die Befürchtung, die in weiten Kreisen wegen der Broterzeugung herrschen, zu zerstreuen: Habe Reichsgetreidestelle angewiesen, sofort alle verfügbaren Eingänge an Bezirksmehlverteilungsstellen zu leiten. Es werden alle verfügbaren Auslandszufuhren in das Industriegebiet geleitet. Da Auslandszufuhr sich steigert, erwartet ich sofortige ständige Besserung der Belieferung und Möglichkeit, Brotration auf normaler Höhe zu erhalten oder zu ihr zurückzufahren. Stärkere Zufuhr einschließl. Besserung der Brotqualität.

Wth. Essen, 25. Juni. Der Streik der städtischen Arbeiter ist noch nicht beigelegt. Die Wasserperrung dauert an und ruft die größten Schädigungen hervor.

Köln, 25. Juni. Wie die „Köln. Volksztg.“ berichtet, hat der Oberbürgermeister der Stadt Elberfeld, Dr. Hopf, den Stadtverordneten sein Amt unter gleichzeitigem Verzicht auf jegliche Pensionsansprüche zur Verfügung gestellt. Die Affäre hängt zusammen mit nachteiligen Benzinengeschäften großen Umfangs, für die Dr. Hopf verantwortlich gemacht wird. Nach seiner Aussage hat er, um die Stadtfinanzen aufzubessern, Benzinverträge im Werte von 20 Millionen Mark für die Stadt Elberfeld abgeschlossen, mit dem Effekt, daß bei dem stark gestiegenen Benzinpreis die Stadt Elberfeld einen Verlust von nicht weniger als zehn Millionen Mark erlitten hat. Die Stadtverordneten wollen Dr. Hopf für diesen Schaden ersatzpflichtig machen.

Köln, 25. Juni. Das unsinnige schnelle Fahren mit Automobilen hatte hier gestern wieder einige Todesfälle zur Folge, darunter eine Mutter von 5 Kindern, ein 10-jähriger Junge und ein junges Mädchen.

Die „Schwarze Pest“.

Frankfurt, 25. Juni. Aus Ludwigshafen wird gemeldet: Auf dem Zeltplatz, der von Maugach nach Rheingönheim führt, wurde die 35 Jahre alte Ehefrau Beder von Maugach, die ihr 5-jähriges Söhnchen mit sich führte,

von einem französischen Koloniesoldaten angehalten. Die Frau schrie um Hilfe, worauf ihr der Unhold mit dem Griff des Seitengewehrs ins Gesicht schlug und sie verletzte. Schließlich warf er die Frau zu Boden und vergewaltigte sie in Gegenwart ihres Söhnchens. Bei dem Soldaten befand sich ein Sergeant derselben Besatzungsgruppe, ohne gegen den Soldaten einzuschreiten.

Die Leiche im Reifetorb.

Wie dem Berl. Lok.-Anz. aus Magdeburg berichtet wird, wurde auf der Bahn von Stendal nach Hamburg ein Reifetorb, in dem man Schießwaren vermutete, von der Polizei beschlagnahmt. Als man den Korb öffnete, fand man die Leiche eines Gemischtwarenhändlers aus Stendal, die von den Mördern nach Hamburg geschickt werden sollte.

Wirtschaftsleben.

Devienturfe.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Telegraphische Auszahlungen:	25. Juni		24. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam-Rotterdam	1213,65	1321,35	1333,65	1316,81
Brüssel-Antwerpen	319,35	320,35	322,15	322,81
Cypristanla	629,35	630,65	633,35	640,65
Kopenhagen	611,95	613,15	619,35	620,65
Stockholm	80,15	810,35	816,65	818,35
Helsingfors	177,30	177,70	177,30	177,70
Tallin	223,75	223,25	227,75	223,35
London	143,35	143,65	143,60	143,90
Amsterd.	36,90	37,00	37,40	37,50
Paris	307,70	303,30	303,20	303,80
Schweiz	—	—	—	—
Spanien	—	—	—	—
Wien (altst.)	19,23	19,27	—	—
do. (Deutsch-Öst. abgeseimp.)	26,22	26,28	26,22	26,28
Wag.	88,15	88,35	87,65	87,85
Wien (altst.)	22,81 1/2	22,90 1/2	22,22	22,28

Wiederaufnahme der Arbeit in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Wth. Ludwigshafen, 25. Juni. Die sozialdemokratische „Pfälzer Post“ erklärt die Meldungen über Entlassungen von tausenden von Arbeitern in Ludwigshafen, Kaiserslautern und Pirmasens für vollständig unzutreffend. In Ludwigshafen und Kaiserslautern seien in letzter Zeit Arbeiterentlassungen überhaupt nicht im großen Maße vorgekommen. In Pirmasens wird die größte Zahl der wegen Arbeitsmangels geschlossenen gewerblichen Fabriken im Laufe der nächsten Woche die Arbeit wieder aufnehmen.

Warenmarkt.

Berliner Produktenbörse vom 25. Juni.

Amlich notierte Preise der Berliner Produktenbörse: Hafer per 1000 kg auf Abladung 2200—2160 M. ab Station. Tendenz stetig. Nicht amlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 kg ab Station:

	25. 6.	24. 6.	25. 6.	24. 6.
Bistortaerbsen 130-160	120-150	—	Stroh, gepreßt 9-10 1/2	9-10
— gelb u. grün. 100-125	100-125	—	— gebünd. 8-9	8-9
Bohnen, weiße	—	—	Runkelrüben	—
Beluschten	85-95	85-95	Kohlrüben, gelbe	—
Ackerbohnen	96-105	85-95	— weiße	—
Wicken	70-80	65-75	Trockenschafgarbe 53-60	53-60
Lupinen, gelbe	50-65	50-65	— Pat. Stößen 90-95	90-95
— blaue	40-50	40-50	Roßtee, inländ.	—
Serradella	40-50	40-50	Rohrtee, rote	—
Sen, tose	17-18	18-20	Buchweizen	—

Siehe Seite
Grenz-Spende
für die Volksabstimmung
dem
Deutschen Schutzbund
Einnahmesteller:
Herforder Zeitung für Stadt und Land
Rennstraße 29/31.

Unsere heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Verantwortlicher Redakteur: Joseph Herbert Reiss; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Sparo-Waschpulver! — Friedensqualität.

Die Geburt einer gesunden
Tochter
zeigen hocherfreut an
Karl Punge, Rechtsanwalt und Notar,
Hildegard Punge, geb. Böckelmann.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Glückwünsche
am Tage unserer Silbernen Hochzeit sagen wir allen
herzlichen Dank.
August Kaufmann und Frau.

Hilde Essmann Veilchenstr. 14 Herford.
Gesang-Unterricht.

Grab-Denkmal und
Grab-Einfassungen
in jeder Ausführung,
Harzer Silber- und Promenadenkies
liefert billigst
Zementwaren- und Kunststeinwerk
J. Scheidt, Baumaterialien-Handlung
Göbenstrasse.

Auf zur Sanfabrik! Auf zur Sanfabrik!
Bis. Sieverling.
Sonntag, den 27. Juni:
Großer Ball.
Musik vom Bandonium-Klub „Edelweiß“.

Brinkmann's Saal.
Sonntag, den 27. Juni:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr nachmittags.

Restauration Spilker.
Sonntag, den 27. Juni:
Tanzkränzchen.

Tiemeyer, Stiftberg.
Sonntag, den 27. Juni:
Tanzkränzchen!

Sofort lieferbar.
150 Milchkannen
99%, rein verzinkt, mit Patentbügelverschluss und
Gummiring, 20 Liter fassend a Stk. Mk. 185, ferner
4000 Milchkannen
mit Steddeckel und Kette 99%, rein verzinkt, 20
Liter fassend a Stk. Mk. 150 ab westfälische Station.
Näheres zu erfragen: Mindenerstraße 90 pt.

Neuheiten und grosse Auswahl in
Pfeifen aller Art, Spazier-
stöcken, Lederwaren,
Pastor Jahnschen Gesellschaftsspielen
empfiehlt
Wilh. Adams Inh.: Emil Wagner
Gehrenberg 2 Bielefeld Gehrenberg 2
Alttestes Spezialgeschäft am Platze.
Reparaturen schnellstens.
Auswahlendungen werden gern gemacht.

Neu eingetroffen!
Teppiche // Verbindungsstücke
Bettvorlagen
Läuferstoffe in Haargarn und Mischgewebe
Grösste Auswahl in Tapeten
(Entwürfe erster Künstler).
Tapeten-Reste bedeutend billiger
per Rolle von M. 1.50 an.
Sämtliche Sorten Farben und Lacke
in besten Qualitäten.
Spezialität: Ia. Fussbodenfarbe
streichfertig.
Ehlers & Wilcke (Inh. C. H. Meyer)
Radewigerstrasse 24, gegenüber dem Ev. Vereinshaus.

Korsetts für Sport und Reise!
Unsere Korsetts sind in Formen, Preis-
würdigkeit und Qualität unerreicht!
Büstenhalter, Schlupfhosen, Unterröcke in Batist und Seide.
Strümpfe, schwarz und farbig
Strumpfhalter in einfachen und eleganten Ausführungen.
Reformleibchen, Untertaillen, Hygien. Bedarfs-Artikel.
Auf unsere Maßanfertigung
in eigener Arbeitsstube
machen wir besonders aufmerksam und fertigen wir aus
eigenen und zugegebenen Stoffen in dringenden
Fällen innerhalb 48 Stunden unter Garantie besten
Sitzes und sauberster Ausführung Korsetts an. :-
Reparaturen und Wäsche, auch nicht bei uns gekaufter Artikel, billigst.
Herford i. W. Alter Markt 13. Korsett-Spezial-Geschäft Herford i. W. Alter Markt 13.
A. Strasser & Co.
früher Edelstein's Lokal.

Krankenwein
1/2 Fl. zu Mk. 15.-
1/4 Fl. zu Mk. 8.-
wieder vorrätig bei
Adler-Drogerie
C. Meves Nachf.

Brenntorf
schwere schwarze Ware
Brennholz
rein Buchen-Mischholz.
Stroh, Häfel, Hafer
jedes Quantum ab Lager oder
frei Haus.
Ba haben im Kohlenlager
S. Heinrich Müller,
Engerstraße 82. Telef. 110.
S. Müller jr.

An- und Verkauf
von gebrauchten Möbeln,
Bett, Betten, Kleider,
sowie sämtlichen Gegenständen
von einfachen und künstlerischen
Wert. Restlos genügt.
Jacob Schmitt, Stifberg-
straße 1, (Eingang).

Schleuder-
mühle
für Staubzuckerherstellung etc.,
Fabrikat Rumpach, Größe III,
nur wenige Tage zur Ver-
mahlung von Lebensmitteln ge-
braucht, wegen Fabrikations-
aufgabe günstig zu verkaufen.
Heinrich Sorger
Düsseldorf
Klosterstraße 117. :-

Zeitgemässe Preise für gute Möbel und Teppiche!
Speisezimmer . . . von Mk. 5000.- bis Mk. 15000.-
Herrenzimmer . . . „ „ 4500.- „ „ 13000.-
Schlafzimmer . . . „ „ 3000.- „ „ 12000.-
Küchen . . . „ „ 1500.- „ „ 4000.-
Teppiche! Dekorationen! Gardinen!
Um zwanglose Besichtigung meiner Ausstellungsräume mit
Einrichtungen auch in höheren Preislagen wird gebeten.
Gehrenberg 26. Aug. Stüssel. Gehrenberg 26.

Ämtliche Bekanntmachungen
der Stadt Herford.
Raisgriess das Pfund zu 3 A kann in allen Geschäften ge-
kauft werden. Die Geschäfte können Raisgriess von uns erhalten.
Streichkäse kann in der Turnhalle am Wilhelmplatz und in
der Markthalle 1/2 Pfund zu 2 A gekauft werden.
Herford, den 26. Juni 1920. **Lebensmittelamt.**
Die Kleinverkaufspreise in Rollen für Osenlänge geschnittenes
Brennholz werden vom 1. n. M. ab wie folgt festgesetzt:
1. Verkauf ab Bürgerverein 18,50 A für den Str.
2. Verkauf ab Gaswerk 13,00 A für den Str.
Bestellungen auf fuhrweise Lieferung werden im Rathaus,
Zimmer 37, entgegengenommen.
Herford, den 26. Juni 1920. **Die Christoffenstelle.**

Haas - Bertow - Spiele
im „Ev. Vereinshaus“ vom 2.-4. Juli 1920.
Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr:
Totentanz
Bilderzonen nach Truden aus dem 15. Jahrhundert.
Spiel vom Sündenfall
Parabelspiel, 15. Jahrhundert.
Sonabend, den 3. Juli, nachm. 1/4 Uhr:
Die zertanzten Schuhe
Märchenpiel nach Grimm bearbeitet.
Schüler- und Schülerinnen-Vorstellung.
abends 8 Uhr:
Wieland, der Schmied
dramatische Dichtung von Linhard.
Sonntag, den 4. Juli, abends 8 Uhr:
Faust
Tragödie von Goethe. Hauptzonen des 1. Teiles.

Preise der Plätze:
1. nummeriert 6 Mk. (Serie von 4 Karten 20 Mk.)
2. nummeriert 4 Mk. (Serie von 4 Karten 14 Mk.)
nicht nummeriert 2 Mk. (Serie von 4 Karten 7 Mk.)
Schülerkarten 1,50 Mk. (Serie von 4 Karten 5 Mk.)
Verkauf ab Mittwoch, den 30. Juni in der Buchhandlung
von B. Mendhoff.

Bade-Unzüge
Schlupfhosen, Spielweaters
in preiswerter Auswahl!
Hermann Wemmer Nachf.

2-3 leere Zimmer
von jungem Brautpaar zu
mieten gesucht. Angebote unt.
8791 an d. Geschäftsst. d. Btg.
Junger Mann sucht per
Sofort ein
möbliertes Zimmer
mit Morgentasse. Angeb. unt.
8793 an d. Geschäftsst. d. Btg.

Preiswert zu verkaufen:
1 Glucke mit 9 Enten
1 Glucke mit 7 Küken
(Stallener). Nachfragen unt.
8794 an d. Geschäftsst. d. Btg.
Einen Posten große und kleine
Kissen
abzugeben. **Arndtstraße 2.**
Saut- u. Sarnleiden,
Schwächezustände, Menstrua-
tionsbeschwerden, Weisfluß usw.
andere Krankheiten behandelt in
langj. erfolgreicher homöopath.
Praxis. **W. Hermann,**
Bielefeld, Hagengrabenstraße 10.
Täglich von 8-11 und 2-6,
Sonntags von 9-11 Uhr.

Die Beleidigung,
die ich gegen **Frl. Maria**
Aufmann ausgeprochen
habe, nehme ich hiermit als
unwahr zurück.
S. Schewe, Diebold.

Druckflachen
aller Art liefert schnell
:- und preiswert :-
Buchdruckerei Fr. Ruhle, Herford.

Offene Beine
hartnäckige Krampfadergeschwüre, vorzeitig
Wunden, machen das Leben zur Qual. Vor dieser
vergeblich versucht hat, dem bittet auch, sogar in ver-
zweifelter Fülle: **Warondo-Wundsalbe.**
Flechten **Warondo-Wundsalbe** hat mich
schon: **Warondo-Flechtensalbe.**
Dankschreiben! Schmiedemeister H. in B.
einfach großartig. Erbittert umgehend. Frau W. in O.: Die mit
gesandte Wundsalbe hat Wunder an meinen offenen Beinen gewirkt.
Nehmen Sie meinen besten Dank dafür und senden Sie mir gegen
Nachnahme. Herr H. in C.: Ihre Flechtensalbe hat mir vorzüg-
lich geholfen. Bitte senden. Klara O. in W.: Die Flechtensalbe
hat bis jetzt große Wirkung hervorgebracht usw.
Originalrezept zu haben in den Apotheken, wo nicht, bestelle man bei
dem allein. Fabrik: **W. Ronsdorf, Lengerich (Westf.) 2.**
Man achte genau auf die ges. gesch. Marke „Warondo“.
Niederlage: **Neustädter Apotheke, Herford; Markt-Drogerie**
Schmidt, Herford, Gehrenberg 4.

Spiele
-4. Juli 1920.
s 8 Uhr:
Jahrhundert.
denfall
ert.
n. 1/4 Uhr:
Schuhe
erbeitet.
ellung.
hmied
ard.
s 8 Uhr:

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark
monatlich. Bei Postbezug
4.00 Mark und Bestellgeld. Die
Zeitung erscheint täglich, außer
Son- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postfachkonto Nr. 5796
Schiedamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig

die 1 Spalt. Millimeterzeile oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 25 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 148. (Zweites Blatt.)

Herford, Sonnabend, den 26. Juni 1920

38. Jahrgang.

Die Gemeinden und die Reichsfinanzreform von 1920.

Von Dr. W. Genting, Greifswald.

Wer die Gemeindefinanzen kennt, weiß, daß unter den Gemeindefinanzen Art und Umfang der Gemeindefinanzen seit Inkrafttreten des Kommunalabgabengesetzes vom Jahre 1893 sich im großen und ganzen gleichgeblieben sind. So blieb ein Steuerzettel aus dieser Stadt in diesem Jahre dem aus jener Stadt im anderen Jahre und so fort. Zeigte auch das Steuerzettel eine von Jahr zu Jahr steigende Tendenz, die in dem Steuerzettel oder Aufkommen in die Erscheinung trat, so blieben doch die Steuern selbst sowie deren Organisation unverändert.

Das Jahr 1920 verändert das Steuerzettel der Gemeinden von Grund aus. Durch die Artikel 8 und 84 der Reichsverfassung vom 11. August 1919 sind nämlich die Gesetzgebung über das gesamte Abgabensystem und dessen Verwaltung in die Hände des Reiches übergegangen, das bis dahin im wesentlichen nur die indirekten Steuern bezogen hatte. Hat sich das Reich in der Reichsabgabenordnung vom 13. Dezember 1919 eine eigene Reichsorganisation, die Reichsfinanzverwaltung, bestehend aus Finanz- und Landesfinanzämtern und dem Reichsfinanzministerium, geschaffen, so hat es durch die Reichseinkommen-, die Körperschafts- und die Ertragssteuer sehr ergiebige direkte Steuerquellen sich erschlossen. Steuern, die neben den Zöllen von den Reichsfinanzbehörden verwaltet werden.

Für den Kenner der Gemeindefinanzen bedeutet die erwähnte Reichsfinanzreform eine Neuerung sondergleichen. Wird doch die Einkommensteuer, bislang das Rückgrat der Gemeindefinanzen, in die Hände des Reiches gelegt.

Wie wichtig die Einkommensteuer für die Finanzwirtschaft der Gemeinden bislang war, geht daraus hervor, daß sie die Haupteinnahme im Einnahmestat des Gemeindehaushaltsplanes darstellte. Ertragssteuern, Beiträge, Gebühren und endlich die Einnahmen aus den Gemeindebetrieben waren gering, gemessen an den gewaltigen Summen, die die Gemeindefinanzen darstellte. Man versteht daher die Erbitterung, mit der die Gemeinden gegen diese Neuerung, freilich ohne Erfolg ankämpften.

Schwarzfächer wollen nun in dem Wegfall der Einkommensteuer ein Aufheben jeglicher Gemeindefinanzen, namentlich auf dem Gebiete der Kulturpolitik, erblicken. Doch ganz so düster sieht das Bild nicht aus. Diese Leute sehen nämlich in jeder Neuerung, die immer ein Aufheben des Alten zur Folge hat, eine Katastrophe. Sie lassen außer Betracht, daß eine Neuerung, wie sie die Reichsfinanzreform darstellt, das Produkt reiflicher Überlegung und nicht einfach so ein Augenblicksprodukt ist. Bei tieferem Eindringen in die Finanzreform würden sie die Bekanntheit mit dem Landessteuergesetz vom 31. März 1920 machen. Und sie würden beim Studium dieses Gesetzes erleichtert aufatmen, wenn sie den § 44 dieses Gesetzes lesen würden, der bestimmt, daß die Gemeinden an den Steuerbeiträgen des Reiches nach dem örtlichen Aufkommen beteiligt werden.

Es steht somit fest, daß die Gemeinden für den Ausfall

an Gemeinde-Einkommensteuern, den sie erleiden, entschädigt werden.

Ebenso wichtig ist die Frage nach dem Anteil, den die Gemeinden erhalten sollen. Einer für alle Zeiten unabänderlichen Verteilungsschlüssel läßt das Landessteuergesetz vermischen. Im § 56 in Verbindung mit § 61 hat es die Verteilung vorläufig in der Weise geregelt, daß es bestimmt, daß einmal der Anteil an der Reichseinkommensteuer mindestens das Aufkommen an Gemeindefinanzen der Steuerjahre 1919 zuzüglich einer Steigerung von 25 v. H. erreichen muß, dann, daß der Verteilungsschlüssel für die Rechnungsjahre 1920/21/22 und, wenn eine neue gesetzliche Regelung vor dem 1. April 1923 nicht zustande kommt, noch weiter in Kraft bleiben muß. Die Reichseinkommen-, die Kapitalertrags- und die Körperschaftsteuer sollen die Anteile der Gemeinden gewährleisten, wie es weiter im Landessteuergesetz heißt. Wenn weiter in diesem Gesetze den Gemeinden ein Prozent der Grunderwerbs-, der Umsatz- und der Erbschaftsteuer in Aussicht gestellt wird und wenn endlich den Gemeinden anheimgestellt wird, neue Steuerquellen zu suchen, so sind doch diese Bestimmungen von untergeordneter Bedeutung.

Was das erste angeht, so dürfte die in Aussicht gestellten Prozentanteile der oben erwähnten Steuern gerade die Unkosten der mit der Verwaltung dieser Steuern beauftragten Gemeinden decken, und was das andere betrifft, so stehen doch der Verwirklichung dieses Wunsches schon durch das Gesetz fast unübersteigliche Hindernisse entgegen. Die Reichsfinanzbehörden, können nämlich jede neue Gemeindefinanz unterbinden, sofern diese mit den Interessen der Reichsfinanzen im Widerspruch steht. Ferner dürfte bei jeder neuen Gemeindefinanz wohl untersucht werden müssen, ob die Steuerkraft der Gemeinden noch eine neue Steuer tragen kann, eine Erwägung, die sicherlich meistens im verneinenden Sinne gelöst werden dürfte.

So würden die Einnahmen der Gemeinden sich im wesentlichen beschränken auf die seitens des Reiches zu gewährenden Anteile, bis zur Regelung der Ertragssteuern durch die Länder noch auf die Ertragssteuern, Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer, sowie endlich auf Beiträge und Gebühren.

Wenn wir demgegenüber den Kreis der neuen Pflichtaufgaben der Gemeinden, die er nur an den Arbeitsnachweis, Erwerbslosenfürsorge, soziale Kriegsbeschädigten-, Kriegshinterbliebenenfürsorge, sich ständig vergrößern sehen, wenn wir weiter sehen, daß infolge der stetig zunehmenden Teuerung die Verwaltungskosten wachsen und durch die bald neu zu regelnde Gemeindebesoldungsreform einen starken Sprung nach oben machen werden, so müssen wir beim Vergleich der nicht wesentlich steigenden Gemeindefinanzen mit den ins Uferlose gehenden Gemeindeaufgaben zu dem Resultat kommen, daß die Gemeinden zweifellos verarmen müßten, wenn ihnen keine Hilfe würde. Die ist ihnen jedoch geworden durch den § 55 des Landessteuergesetzes, der bestimmt, daß die Länder verpflichtet sind, bis 1. April 1921 für einen Lastenausgleich unter den Gemeinden, insbesondere auf dem Gebiete der Armen-, Schul- und Polizeifinanz zu sorgen.

Ob und inwieweit die Länder dazu in der Lage sind, soll hier nicht näher untersucht werden. Soviel scheint mir

jedoch sicher zu sein, daß die Länder bei einigem guten Willen den Gemeinden ihre Bürde erleichtern könnten.

So stellt in der Tat das Jahr 1920 einen Wendepunkt in der Geschichte der Gemeindefinanzen dar.

Ein Ausblick in die Zukunft der Gemeinden ist von Finanzsorgen getrübt, wenn auch nicht hoffnungslos. Daß er wieder froh werde, hängt meines Erachtens von dreierlei ab. Erstlich müssen die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages gemildert werden. Dann wird es Aufgabe unseres Volkes sein müssen, in harter, intensiver Arbeit wieder Werte zu schaffen, durch die ein starkes Angebot der Nachfrage gegenüber gestellt wird, wodurch die wahren sinnigen Preise abgebaut und einigermaßen normale Verhältnisse geschaffen werden. Endlich müssen die Gemeinden anfangen, sparsam zu wirtschaften, d. h. mit dem geringsten Aufwand den größtmöglichen Erfolg zu erzielen.

Die erwachende Einsicht unserer Feinde und unseres Volkes sowie eine fast an Geiz grenzende Sparsamkeit im Gemeindehaushalt sind die Mittel, die auch die Gemeinden aus Armut und Not wieder zu Wohlstand und Reichtum bringen. In diesem Falle würden die Klagen der Gemeinden über die Unzulänglichkeit der Reichsfinanzreform von 1920 bald verstummen. Daß sie heute gar nicht aufhören wollen, liegt nicht an der Reichsfinanzreform, sondern daran, daß Deutschland arm, bitter arm ist.

K. K.

Der falsch bellebte Koffer.

Haftung des Eisenbahnfiskus für Verweigerung von Reisegepäck.

Eine in der gegenwärtigen Reisezeit besonders interessante Entscheidung ist vom Reichsgericht gefällt worden. Ein Kaufmann K. hatte am 16. Juli 1917 auf dem Bahnhof in Hamburg einen Pappkarton und einen Koffer zur Beförderung nach Berlin aufgegeben. Während der Karton rechtzeitig ankam, blieb der Koffer aus. Er war, wie sich später herausstellte, infolge falscher Befüllung nach der Station Neu-Künendorf bei Angermünde geleitet worden. Der dortige Bahnhofsvorsteher unterließ es, der Vorchrift zuwider, den Koffer nach drei Tagen zu öffnen, um seinen Eigentümer festzustellen. Erst am 10. August erhielt K. sein Eigentum wieder. Er machte geltend, der Koffer habe seine einzige Musterkollektion enthalten; durch ihr Fehlen sei die Tätigkeit seines Reisenden während eines Monats behindert gewesen, wodurch ihm ein Gewinn von 15 000 M entgangen sei. Diesen Betrag verlangte er vom preussischen Eisenbahnfiskus, da grobes Verschulden der Bahnbeamten vorliege. Während das Landgericht I in Berlin die Klage abwies, hat das Kammergericht umgekehrt entschieden und dem Grunde nach den beklagten Fiskus zum Schadenersatz verurteilt.

Das Reichsgericht hat das Urteil mit der Begründung bestätigt, daß die falsche Befüllung eines Gepäckstückes und dessen dadurch erfolgte Fehlleitung ein von der Eisenbahn zu vertretendes grobes Verschulden ihrer Beamten ist, das die Bahn zum Ersatz des vollen dem Aufgebots Gepäckstück entstandenen Schadens, also auch des durch die verspätete Aushändigung entgangenen Gewinnes, verpflichtet.

Für unsere Frauen.

Psychologie der Wählerin.

Das Ereignis der Wahl zum neuen Reichstag schwingt noch in mancherlei nichts weniger als erfreulichen Wellen fort. Die vielen Fragen, die der Einzelne, als unverantwortliches Glied der Volksgemeinschaft vor der Wahlhandlung mit sich selbst und anderen besprach, sind durch sie nicht nur nicht zu Ende gekommen, sondern bewegen ihn noch ebenso wie damals. Daß die zahlenmäßig stärkste wahlfähige Bevölkerungsschicht, die Frauen, noch ungewohnt des neuen Rechts der staatlichen Mitbestimmung, dafür die Schwere der Verantwortung umso drückender fühlend, über das Wahlproblem nicht zur Ruhe kommen, erkennt man überall in der öffentlichen Wirklichkeit, wie im häuslichen Kreis. Ueber ihre psychologische Einstellung zur Wahl bringt das neueste Heft der vortrefflichen Monatsschrift „Die Frau“ von Helene Lange und Dr. Gertrud Bäumer, Verlag W. Moeser, Berlin, interessante Ausführungen, denen wir folgendes entnehmen:

Wenn man sich Rechenschaft darüber zu geben versucht, in welchem Sinne das Frauenwahlrecht den Ausdruck des politischen Lebens verändert hat, so tauchen zunächst zwei Fragen auf. Die erste ist die nach der Wahlbeteiligung der Frauen als solcher. Die zweite richtet sich auf die Parteibildung und den Einfluß der weiblichen Wähler auf die Wahlergebnisse der Parteien.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung ist die Beteiligung der Frauen prozentual der der Männer gleich gewesen. In den jüngeren Jahrgängen — unter 25 — war die Wahlbeteiligung erheblich höher, in den späteren etwas niedriger als die der Männer. Vielleicht drückt das die relativ größere Reife der jungen Frauen (im Verhältnis zu gleichaltrigen jungen Männern) und andererseits die stärkere Belastung der Mütter und Hausfrauen

aus, die, gebunden an ihren „Innendienst“, politisch nicht aktiv geworden sind.

Es ist nun abzuwarten, ob die Wahlbeteiligung der Frauen sich auf der ehemaligen Höhe halten wird. Wenn sie absinken sollte — was möglich, ja wahrscheinlich ist —, so wäre der Grund nicht so sehr die Abminderung des Reizkalküls. Wenn die Frauen diesmal in geringer Zahl zur Wahl gegangen sein sollten, so spielt vielmehr zweierlei eine Rolle: die wachsende Belastung der Hausfrauen mit wirtschaftlichen Sorgen und die Ratlosigkeit einer unendlich verwirrten politischen Lage gegenüber.

Man darf den ersten Faktor nicht überschätzen: Die Hausfrauen aller Schichten haben einen außerordentlich abspannenden und nervenzerrüttenden Kleinkrieg zu führen um die Aufrechterhaltung der Ernährung bei unerschwinglichen Preisen, der Bekleidung bei rettungslos verschwindenden Vorräten. Sie werden arme Sklaven der Nähmaschine und des Herdes.

Stärker aber wirkt die Verführung durch die politische Lage. Die maßlose Verheerung von links und rechts erfüllt die Frauen, je ferner sie bisher dem politischen Kampf gestanden haben, um so mehr mit dem Gefühl der Unsicherheit. Sie scheinen alle moralisch unrecht zu haben, sie scheinen alle strupplos die eigenen Ziele um jeden Preis zu verfolgen. Und sie scheinen alle keine Gewähr für den Aufbau zu bieten. Aus Verzweiflung an der politischen Lage wollen viele Frauen nicht wählen. Sie fühlen, daß die Rechts- wie die Linkspolitik inneren Katastrophen zuteil wird und trauen der Mitte nicht die Kraft zu, gegen die Leidenschaften der Extreme den Kurs der Besonnenheit zu halten. Unschlüssig und verzagt oder angewidert und misstrauisch bleiben sie abseits.

Welche Parteien haben den Vorteil vom Frauenwahlrecht? Genauer darüber ließ sich bekanntlich nicht feststellen. Nur wo man für Männer und Frauen getrennte Urnen aufgestellt hat, ließ sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung nachprüfen, daß die

Wirkung des Frauenwahlrechts auf die Parteibildung, erfassen. Allerdings war in diesen Orten das Zentrum eine der Hauptparteien, so daß auf zentrumsfreie Wahlbezirke die Ergebnisse nicht übertragbar sind. Es zeigte sich, daß in der demokratischen Partei die Beteiligung der Frauen normal war, d. h. ihrem Bevölkerungsanteil entsprach, daß für Zentrum und deutschnationale Partei mehr, für die Sozialdemokratie weniger Frauen stimmten als der von den Männern aufgetragenen Stimmenzahl entsprachen hätte. Diese Erscheinung beleuchtet die Psychologie der weiblichen Wählerin. Es wäre nicht richtig, zu sagen: „Die Frauen sind ein konservatives Element“. Vielmehr: sie sind mehr Geschäftspolitiker als die Männer. Das hängt zum Teil mit der Neuheit des Frauenwahlrechts zusammen.

Die Frauen unterliegen stärker — vielfach, weil sie noch nicht zu eigentlich politischer Einstellung zur Politik gekommen sind — der gesellschaftlichen Bindung. Vor allem überwiegen die Klasseninstinkte. Die Frauen (der bürgerlichen wie der Arbeiterklasse) gehören naturgemäß zunächst zum stimmungsstabilsten Teil der Wählerschaft. Sie sind ein dankbarer Boden für die Demagogie jeder Art, sie sind leidenschaftliche Parteigänger und dadurch vielfach noch bedauerlich unempfindlich gegen die moralische Entartung des Wahlkampfes. Einige Beispiele des Gegenteils sind allerdings festzustellen: Beispiel, daß Frauen sich in Versammlungen mutig erhoben, um sich den Ton zu verbitten, auch der eigenen Partei gegenüber.

Im ganzen aber zeigte auch dieser Wahlkampf, daß an den Frauen außerhalb der Parteipolitik noch viel politische Erziehungsarbeit geleistet werden muß. Sowohl, damit sie von der Stimmungspolitik, durch die sie in erregten Zeiten ein bedenkliches Element werden können, zum bewußten politischen Denken kommen, wie auch, damit sie ihre eigene Aufgabe in der politischen Arbeit noch besser erfassen.

Und die Moral von der Geschichte? Daß keine Schürme mit filigränen Fräsen flechten — sie reißen die Feinde der Glaubenshilfe einjagen und verwandeln in Blat-
ten-Gegner.